



Datenschutzhinweise der Sekretariate der Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestages

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages, informieren Sie über Ihre Rechte und versetzen Sie in die Lage, über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten, informiert zu entscheiden.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist der Deutsche Bundestag, den Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-0
E-Mail: mail@bundestag.de

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Den behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der oben genannten Postadresse, mit dem Zusatz „An den behördlichen Datenschutzbeauftragten“, der oben genannten Telefonnummer oder unter datschutz.bdb@bundestag.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die von Ihnen mitgeteilten Daten einschließlich Ihrer Kommunikationsdaten (Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) verarbeiten wir, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können sowie um die Aufgaben des Deutschen Bundestages, die im öffentlichen Interesse liegen (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e DSGVO, § 3 BDSG) zu erfüllen.

Weiterleitung

1. Schreiben an den Ausschuss werden, sofern dies zur sachgemäßen Bearbeitung erforderlich ist, an die Ausschussmitglieder, die Obleute, die Fraktionen, den Petitionsausschuss und/oder weitere Berechtigte weitergeleitet.
2. Stellungnahmen von Anhörungspersonen, insbesondere von Sachverständigen, die für öffentliche Anhörungen eingereicht werden, werden an berechtigte Adressaten, insbesondere in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung verteilt und in das Intranet des Deutschen Bundestages sowie in dessen Internetangebot eingestellt.
3. Ausschussprotokolle werden an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, an Dienststellen des Bundes und der Länder sowie an sonstige, nach § 73 GO-BT Berechtigte weitergeleitet.

4. Die Polizei beim Deutschen Bundestag führt für Personen, die aufgrund einer Anmeldung des Ausschusses Zutritt zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages erhalten, auf Grundlage des § 2 Absatz 6c der Hausordnung des Deutschen Bundestages eine Zuverlässigkeitsüberprüfung insbesondere durch Einsichtnahme in das Informationssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL) durch. Die bei der Anmeldung übermittelten personenbezogenen Daten (Name, Vorname und Geburtsdatum) werden nach Beendigung des Besuches gelöscht beziehungsweise vernichtet.
5. Sofern Sie als Anhörungsperson, insbesondere als Sachverständiger, Auskunftsperson oder Zeuge, von einem Ausschuss oder einem anderen Gremium des Deutschen Bundestages angehört wurden, ist zur Zahlung einer Entschädigung sowie einer Vergütung von Reisekosten die Weiterleitung Ihrer Daten an die Bundeskasse erforderlich, sofern ein Zahlungsanspruch besteht.

Dauer der Datenspeicherung

Wir speichern Ihre Daten aufgrund bestehender Nachweis- und Aufbewahrungspflichten, die sich insbesondere aus dem Aktenplan der Verwaltung des Deutschen Bundestages ergeben. Die Aufbewahrungsfrist beträgt mindestens fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Frist löschen wir Ihre Daten, es sei denn, die Aufbewahrung ist für die oben genannten Zwecke weiterhin erforderlich.

Betroffenenrechte

Sie können unter der o.g. Adresse Auskunft (Art. 15 DSGVO) über die zu Ihrer Person bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages gespeicherten Daten sowie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Art. 16 DSGVO) oder die Löschung (Art. 17 DSGVO) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe (Art. 20 DSGVO) der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Sie haben ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen (Art. 21 DSGVO). Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihre Interessen überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Bonn.

Husarenstr. 30

53117 Bonn

Tel: +49 228 997799-0

Fax: +49 228 997 799 – 5550

poststelle@bfdi.bund.de